



AUSGABE 64  
März 2009

# ANALYSEN & ARGUMENTE

## Die Finanz- und Wirtschaftskrise aus Sicht der Wähler

FORTSCHREIBUNG DER ERKENNTNISSE VOM NOVEMBER 2008

von Helmut Jung (ext.)

Der Beitrag untersucht, drei Monate nach einer ersten Bestandsaufnahme Ende 2008, die Wahrnehmung der Finanz- und Wirtschaftskrise aus Sicht der Wähler. In der Fortschreibung werden im Zeitverlauf Tendenzen sichtbar, die nicht nur mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 von hoher politischer Relevanz sind. Es wird inzwischen auch erkennbar, dass der Wähler das Eingreifen der Politik zunehmend vor einem ordnungspolitischen Hintergrund wertet. Die Befürchtung, dass die derzeitige Wirtschaftslage Wasser auf die Mühlen der Linken gießen würde, hat sich bisher nicht bestätigt. Die aktuellen demoskopischen Befunde deuten entgegen der Erwartung vom November 2008 und trotz der inzwischen deutlich sichtbaren Auswirkungen der Krise nicht auf ein dramatisch verschlechtertes Meinungsklima hin: Die persönliche Situation wird weiter eher positiv wahrgenommen, obwohl die Einschätzung der allgemeinen Situation sowie die Erwartungen für die Zukunft zunehmend negativ bewertet werden.

### Ansprechpartner

Dr. Wolfgang Maier  
Stellv. Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung  
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 87  
E-Mail: wolfgang.maier@kas.de

### Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

[www.kas.de](http://www.kas.de)  
[publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)

ISBN 978-3-940955-68-5



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



## INHALT

3 | 1. EINLEITUNG

3 | 2. DIE ENTWICKLUNG DES ÖKONOMISCHEN MEINUNGSKLIMAS  
SEIT NOVEMBER 2008

5 | 3. DIE WAHRNEHMUNG DER FINANZKRISE DURCH DIE  
BEVÖLKERUNG

3.1 Themenrelevanz und Betroffenheit ..... 5

3.2 Akzeptanz von Maßnahmen und Lösungsvorschlägen ..... 6

3.3 Bewertung des Krisenmanagements der Politik ..... 8

3.4 Auswirkungen auf politische Einstellungen und Wahlverhalten ..... 8

11 | 4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

12 | DER AUTOR



## 1. EINLEITUNG

Die internationale Finanzkrise mit den bereits eingetretenen oder noch befürchteten Folgen für die Realwirtschaft ist seit Monaten eines der zentralen Handlungs- und Problemfelder der Politik, das derzeit viele andere politische Probleme und Aufgaben zu überlagern droht. Zu Beginn des Jahres 2009 sieht sich das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik mit der Gefahr einer in dieser Dimension noch nicht erlebten und zudem nachhaltigen Wirtschaftskrise konfrontiert, deren negative Folgen den politischen und gesellschaftlichen Diskurs vermutlich auch noch über das Wahljahr 2009 hinaus prägen werden.

Als eine Art Kettenreaktion auf den Kollaps der US-Immobilienmärkte in den Jahren 2007 und 2008 hatten sich die Krisenzeichen im internationalen Bankensystem zunächst gehäuft und schließlich zu einer weltweiten Finanzkrise verdichtet. Dabei überraschten Heftigkeit und Ausmaß der Krise selbst ausgewiesene Wirtschaftsfachleute und zwangen weltweit Regierungen zum Handeln. Mit der Verabschiedung eines umfangreichen „Rettungspakets“ versuchte die Bundesregierung im November 2008, zunächst mithilfe von Bürgschaften und Garantien die Finanzmarktstabilität in Deutschland abzusichern. Trotzdem schrumpfte nach einer aktuellen Schätzung des Statistischen Bundesamtes die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2008 um 2,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal. Dies war der bisher stärkste Rückgang im wiedervereinigten Deutschland. Für das Jahr 2009 sagt die Bundesregierung die schwerste Rezession seit 1949 voraus. Mitte Februar 2009 wurden deshalb weitere konjunkturelle Maßnahmen beschlossen („Konjunkturpaket II“), die vor allem Investitionstätigkeiten in Deutschland ankurbeln und die Folgen der wirtschaftlichen Rezession abmildern sollen.

Ungeachtet dieser staatlichen Maßnahmen sind derzeit etwa drei von vier Bundesbürgern der Überzeugung, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht. Sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung hat sich somit offenbar die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auch 2009 die politische Agenda bestimmen wird.

Dieser Beitrag untersucht zum zweiten Mal die Sicht der Finanzkrise durch die Wähler bzw. die wahlberechtigte Bevölkerung Deutschlands. In einem ersten Beitrag wurde seinerzeit der aktuelle Sachstand bis zum November 2008 aufgearbeitet (vgl. „Die Finanzkrise aus Sicht der Wahlforschung“, in: *Analysen & Argumente*, Ausgabe 58, Dezember 2008, [www.kas.de/wf/de/33.15299/](http://www.kas.de/wf/de/33.15299/)). Die rasante Verschärfung der Wirtschaftskrise mit immer wieder neuen Schreckensmeldungen über drohende Zusammenbrüche von renommierten Traditionsunternehmen, zunehmende Kurzarbeit in

wirtschaftlichen Schlüsselindustrien und angekündigte Entlassungen sowie dramatisch verschlechterte volkswirtschaftliche Kennziffern haben erkennbar zu erheblichen Veränderungen der öffentlichen Meinung geführt und lassen eine erneute synoptische Bestandsaufnahme zur Sicht der Wirtschaftskrise durch die Wähler nach nur drei weiteren Monaten sinnvoll erscheinen.

Die „Neuaufgabe“ des Berichts soll zum Einen Aufschlüsse darüber vermitteln, ob und in welcher Form sich das *wirtschaftliche Meinungsklima* vor dem Hintergrund der seit November 2008 veränderten Rahmenbedingungen weiterentwickelt hat. Dabei spielen auch Veränderungen der Häufigkeit und des Grads der *Themenrelevanz bzw. Betroffenheit* eine wesentliche Rolle. Ein zweiter Schwerpunkt dieses Berichts liegt auf der *Akzeptanz der Wähler für neuere Lösungsvorschläge* der Politik und die gerade verabschiedeten konjunkturelle Maßnahmen (Konjunkturpaket II). Ferner wird auch überprüft, ob es einen Einstellungswandel hinsichtlich der Wahrnehmung des Krisenmanagements der Bundesregierung gibt.

Abschließend werden die *politischen Auswirkungen der Krise im „Superwahljahr“ 2009* diskutiert. Dabei geht es um die zu erwartenden Auswirkungen auf das Wahlverhalten. Von besonderem Interesse ist dabei, ob die Linkspartei mit ihren radikalen Forderungen nach Umverteilung und Verstaatlichung beim Wähler punkten kann oder ob die „Wirtschaftspartei“ FDP aus Wählersicht die besseren Lösungswege bei der Bewältigung der Krise bieten kann.

Wie bereits im ersten Bericht basieren die in diesem Beitrag genutzten empirischen Befunde weitgehend auf Umfrageergebnissen, die von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten erhoben wurden. Diese Umfragen sind, sofern nicht anders ausgewiesen, durchweg repräsentativ für die erwachsene, wahlberechtigte Bevölkerung Deutschlands. Darüber hinaus werden auch Ergebnisse der GMS aus qualitativen Untersuchungen – in der Regel *Focus Groups* – genutzt, die ergänzend zusätzliche Aufschlüsse über Ursachen und Motivationen einzelner Sichtweisen vermitteln.

## 2. DIE ENTWICKLUNG DES ÖKONOMISCHEN MEINUNGSKLIMAS SEIT NOVEMBER 2008

Bereits im Herbst 2008 hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise erkennbar ihre Spuren bei den Einschätzungen der Wirtschaftslage durch die Bevölkerung hinterlassen. Da die Krise Mitte 2008 in einer ohnehin bereits begonnenen Phase der Eintrübung des ökonomischen Meinungsklimas ausbrach, ergaben sich hierbei negative Verstärkereffekte. Insgesamt fielen die Bewertungen der Wirtschaftslage im Spätherbst 2008 angesichts der sich damals bereits häufenden Katastrophenmeldungen allerdings noch erstaunlich moderat aus.



Die Mehrheit der Bürger reagierte relativ gelassen und zeigte vor dem Weihnachtsfest ungebrochene Konsum- und Kaufneigungen.

An diesem Meinungsbild hat sich in den letzten Monaten nicht viel verändert (siehe Tabelle 1). Nach einer kurzen Entspannung zum Jahreswechsel, zu dem in Umfragen oftmals kurzfristig etwas positivere Stimmungslagen gemessen werden, hat sich das Wirtschaftsklima in Deutschland wieder deutlich verschlechtert. Vor allem die Einschätzung der allgemeinen ökonomischen Situation, aber auch die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen fallen nunmehr wieder deutlich negativer aus als zum Jahresbeginn.

**Tabelle 1** **GMS**

**Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Februar 2009**

FGW Politbarometer - Prozentwerte  
(Differenzen zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe)

	Feb. 09 KW 07	KW 07- KW 05	Jan. 09 II KW 05	Jan. 09 I KW 02	Dez. 08 KW 50
<b>Allgemeine wirtschaftliche Lage</b>					
gut	7	-6	13	15	13
teils/teils	57	+7	50	59	54
schlecht	36	±0	36	25	32
<b>Index 1)</b>	<b>-29</b>	<b>-6</b>	<b>-23</b>	<b>-10</b>	<b>-19</b>
<b>Ökonomische Zukunftserwartung</b>					
aufwärts	5	-4	9	7	5
teils/teils	26	-1	27	33	24
abwärts	68	+5	63	57	69
<b>Index 2)</b>	<b>-63</b>	<b>-9</b>	<b>-54</b>	<b>-50</b>	<b>-64</b>
<b>Eigene wirtschaftliche Lage</b>					
gut	42	-4	46	49	44
teils/teils	45	+1	44	40	45
schlecht	13	+3	10	11	11
<b>Index 1)</b>	<b>+29</b>	<b>-7</b>	<b>+36</b>	<b>+38</b>	<b>+33</b>

1) Index: gut – schlecht  
2) Index: aufwärts – abwärts

Im Einzelnen schätzt gut jeder Dritte (36%) die derzeitige *allgemeine Wirtschaftslage* als negativ ein. Nur noch 7% (-6% im Vergleich zum Januar) beurteilen die ökonomische Situation positiv. Damit bewegen sich die positiven Einschätzungen auf dem niedrigsten Niveau seit 2005. Die Mehrheit der Bundesbürger (57%) gibt auch weiterhin mit wieder zunehmender Tendenz ambivalente Urteile (teils/teils) ab. Die *ökonomischen Zukunftserwartungen* bewegen sich wie bereits im November auf dem niedrigsten Stand seit 2003. Gut zwei von drei Deutschen (68%) erwarten einen wirtschaftlichen Abwärtstrend. Nur 5% glauben, dass es mit der Wirtschaft in nächster Zeit wieder bergauf geht. Etwa jeder Vierte (26%) erwartet hingegen keine großen Veränderungen. Die *eigene wirtschaftliche Situation* wird mit leicht abnehmender Tendenz weiterhin deutlich besser bewertet

als die allgemeine Lage, fällt aber im Zeitvergleich der letzten Monate angesichts der Krise erstaunlich konstant aus. 42% der Bundesbürger beurteilen die persönliche Situation positiv. 45% berichten von einer teils guten, teils schlechten persönlichen Lage. Nur die wenigsten (13%) geben ein klar negatives Urteil ab (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen).

Auch weitere Indikatoren zum Wirtschaftsklima weisen vor dem Hintergrund der andauernden Krise zwar einen Abwärtstrend auf, jedoch bleiben die befürchteten „Abstürze“ aus. Dies gilt weitgehend auch für den monatlich veröffentlichten Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) auf der Basis von 2.000 Verbraucherinterviews, der Konjunkturerwartungen, Einkommenserwartungen und die Konsum- und Anschaffungsneigung der Befragten berücksichtigt (siehe Abbildung 1, Seite 5).

In der Zeitreihenbetrachtung ist seit Mitte 2007 ein deutlicher und beständiger Rückgang der *Konjunkturerwartung* zu beobachten („Was glauben Sie, wie wird sich die allgemeine wirtschaftliche Lage in den kommenden zwölf Monaten entwickeln?“). Auch die *Einkommenserwartung* („Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushalts in den kommenden zwölf Monaten entwickeln?“) liegt nach einem sehr unregelmäßigen Verlauf in den Jahren 2006-2008 seit der Mitte letzten Jahres klar im negativen Bereich. Die bereits seit Ende 2007 negativ geprägte *Konsum- und Anschaffungsneigung* („Glauben Sie, dass es zurzeit ratsam ist, größere Anschaffungen zu tätigen?“) hat hingegen im Januar 2009 deutlich zugelegt und liegt derzeit sogar im positiven Bereich.

Insgesamt hat sich das Wirtschaftsklima entgegen den Erwartungen vom November zumindest nicht dramatisch verschlechtert, obwohl es nunmehr erste Ankündigungen gibt, die diese Situation für den Sommer dieses Jahres vorhersagen. Auch in neueren Umfragen hat sich jedoch das widersprüchliche Meinungsbild in der Bevölkerung verfestigt, bei dem eine konstante und eher sogar positive Bewertung der persönlichen Situation mit einer eindeutig negativen Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und vor allem äußerst pessimistischen Erwartungen für die Zukunft einhergehen.

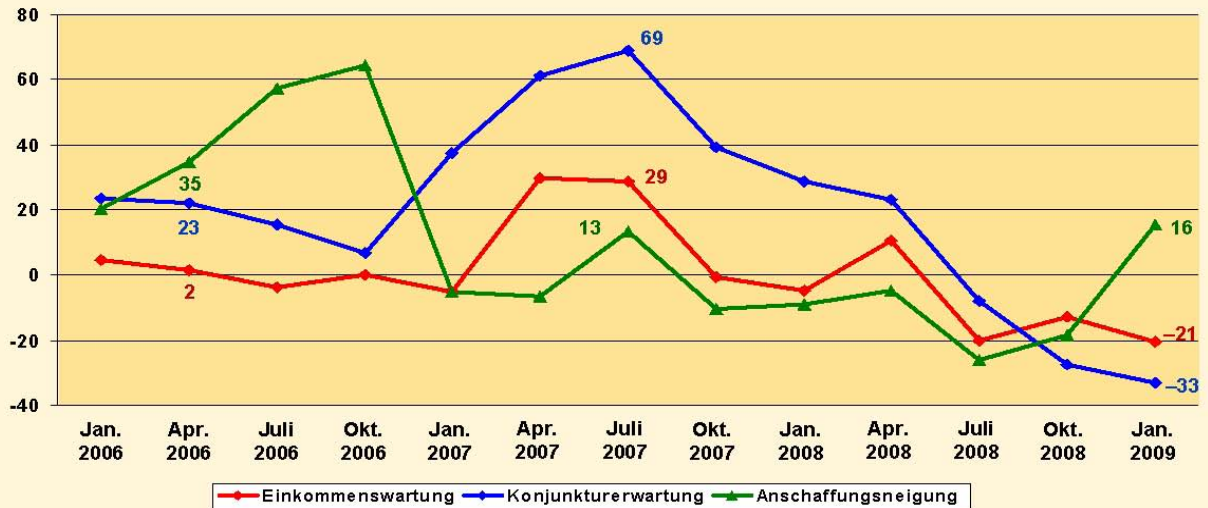
Die besonders skeptischen Zukunftserwartungen sind aber nicht nur in der Bevölkerung feststellbar. Vielmehr erwarten auch viele Unternehmen negative Auswirkungen auf ihren Geschäftsbetrieb. In einer Befragung von rund 3.000 mittelständischen deutschen Unternehmen gab im Dezember zwar jedes zweite Unternehmen (49%) an, die Krise wirke sich nicht auf das eigene Geschäft aus. Allerdings berichteten gleichzeitig auch 18% von starken und weitere 33% von leichten Auswirkungen auf ihr Geschäft (Quelle: Valid Research).



Abbildung 1

GMS

Konjunkturindikatoren in Deutschland 2006-2009



Quelle: GfK-Konsumklimastudien 2006-2008

3. DIE WAHRNEHMUNG DER FINANZKRISE DURCH DIE BEVÖLKERUNG

3.1 Themenrelevanz und Betroffenheit

Dass die Relevanz aller mit der Krise zusammenhängenden politischen Themen nur zeitweise und zudem auch nur geringfügig vor dem Weihnachtsfest und während des Jahreswechsels abgenommen hat, wird in der Zeitreihenbetrachtung der Ergebnisse auf die Frage nach den wichtigsten politischen Aufgaben deutlich. Mit 42% führt das Thema *Arbeitslosigkeit* auch im Februar die Rangfolge der zehn wichtigsten politischen Sachthemen an. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um das Konjunkturpaket II hat zudem die *Banken- und Finanzkrise* bereits in der zweiten Januarhälfte wieder deutlich an Bedeutung gewonnen (35%, +7%) und erreicht damit fast wieder die Nennungshäufigkeiten vom Oktober. Die *Wirtschaftslage* als dritt wichtigstes Thema der letzten Monate zählen seit der zweiten Januarhälfte wieder 26% zu den wichtigsten Problemen. Mit weitem Abstand folgt danach der von der Krise offenbar überlagerte Themenbereich *Kosten, Preise und Löhne* (8%), der noch im Juli 2008 von 60% der Befragten zu den wichtigsten Problemen im Land gezählt wurde. Weitere wahrscheinlich ebenfalls überlagerte Themen mit Nennungshäufigkeiten im einstelligen Prozentbereich sind *Bildung / Schule* (8%), *Gesundheitswesen / Pflege*, *Soziales Gefälle* und *Politik(er)verdruss* (jeweils 7%) sowie *Familie / Kinder / Jugend* und *Rente / Alterssicherung* (jeweils 5%).

Tabelle 2

GMS

Die wichtigsten Sachthemen im Februar 2009

FGW Politbarometer - Prozentwerte (Mehrfachnennungen)

	Feb. 09 KW 07	KW 07- KW 05	Jan. 09 II KW 05	Jan. 09 I KW 02	Dez. 08 KW 50
Arbeitslosigkeit	42	-2	44	45	42
Banken- und Finanzkrise <sup>1)</sup>	35	±0	35	28	29
Wirtschaftslage <sup>1)</sup>	26	±0	26	22	22
Kosten / Preise / Löhne <sup>1)</sup>	8	±0	8	10	12
Bildung / Schule <sup>3)</sup>	8	+1	9	8	10
Gesundheitswesen / Pflege <sup>2)</sup>	7	+3	4	9	5
Politik(er)verdruss	7	+1	6	6	6
Soziales Gefälle <sup>2)</sup>	7	+1	6	6	7
Familie / Jugend / Kinder <sup>3)</sup>	5	+1	4	6	6
Rente / Alterssicherung <sup>2)</sup>	5	+1	4	-	-
<b>Bündelung verwandter Themen</b>					
	Feb. 09 KW 07	KW 07- KW 05	Jan. 09 II KW 05	Jan. 09 I KW 02	Dez. 08 KW 50
Wirtschaftspolitik	69	±0	69	60	63
Arbeitslosigkeit	42	-2	44	45	42
Sozialpolitik	14	+4	10	15	12
Familie / Jugend / Bildung	13	±0	13	14	16

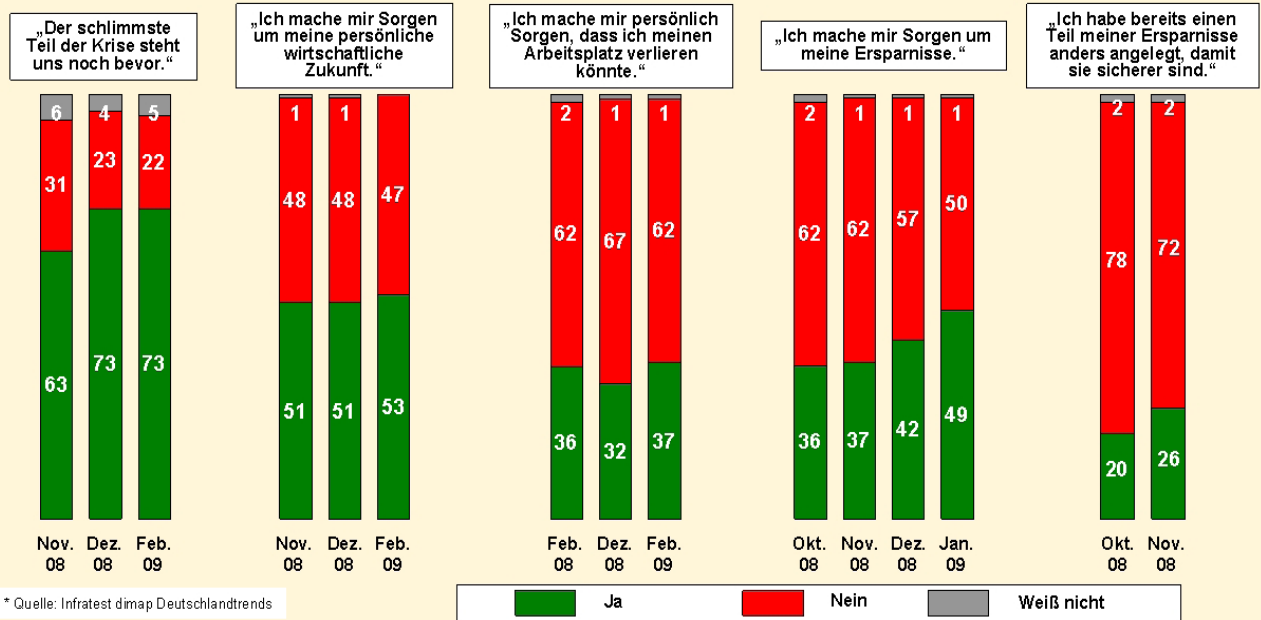
1) Wirtschaftspolitisches Thema  
2) Sozialpolitisches Thema  
3) Thema „Familie / Jugend / Bildung“



Abbildung 2

GMS

**Befürchtungen in Verbindung mit der Finanzkrise im Zeitvergleich\***



Insgesamt ist die Rangfolge der wichtigsten Sachthemen in den letzten Wochen und Monaten bis auf eher kurzfristige Schwankungen weitgehend unverändert. Der Relevanzverlust des Themenkomplexes Kosten / Preise / Löhne seit Juli 2008 zeigt aber, dass durch Ereignisse wie die Finanzkrise auch zukünftig relativ kurzfristig deutliche Verschiebungen auf der politischen Agenda möglich sind.

Bereits im November wurde außerdem deutlich, dass in der Bevölkerung grundsätzlich eine hohe Besorgnis wegen der Krise besteht. Allerdings wurde bei Befürchtungen und Sorgen in Verbindung mit der Krise relativ deutlich zwischen persönlicher Betroffenheit und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen differenziert. Neuere Umfragedaten bestätigen diese Tendenz und belegen zudem aufschlussreiche Entwicklungen im Zeitvergleich (siehe Abbildung 2).

So ist die grundsätzliche Befürchtung, dass der schlimmste Teil der Krise noch nicht vorüber ist, bereits zum Ende des Jahres 2008 deutlich angestiegen und befindet sich seither auf einem unverändert hohen Niveau: Fast drei von vier Deutschen sind derzeit der Ansicht, der schlimmste Teil der Krise stehe uns noch bevor. Die Sorgen um die persönliche wirtschaftliche Zukunft sind hingegen zum einen deutlich geringer und zudem seit November konstant geblieben. Jeweils etwa jeder Zweite macht sich nach eigener Aussage (keine) Sorgen um seine persönliche wirtschaftliche Zukunft. Auch die allerdings recht häufig geäußerten Befürchtungen vor einem Verlust des Arbeitsplatzes haben sich seit Februar 2008 nicht und seit Dezember nur leicht erhöht. Einen kon-

stanten Anstieg vom Oktober 2008 (36%) bis zum Januar 2009 (49%) verzeichnet allerdings die Besorgnis um die persönlichen Ersparnisse und als Reaktion darauf ein auf mehr Sicherheit abzielendes Anlageverhalten.

Insgesamt gibt es nach dem Jahreswechsel eine wieder steigende Themenrelevanz und auch zunehmend größere Sorgen in Verbindung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, auf die die Bevölkerung jedoch weiterhin nicht mit Panik, sondern recht besonnen reagiert.

**3.2 Akzeptanz von Maßnahmen und Lösungsvorschlägen**

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise wurde ein Konjunkturprogramm zur Stützung der Wirtschaft bereits im November 2008 von der großen Mehrheit der Bundesbürger (68%) befürwortet (Quelle: Infratest dimap). Vorschläge für inhaltliche Einzelpunkte des Programms wie z.B. staatliche Investitionen in Verkehrsinfrastruktur oder Steuervorteile für schadstoffarme Autos wiesen dabei durchweg hohe Zustimmungsraten auf. Zugleich zeichnete sich aber bereits im Dezember auch eine Zunahme der kritischen Stimmen ab. So wurden die bis dato von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturmaßnahmen von fast jedem zweiten Deutschen (48%) als nicht ausreichend empfunden. Nur jeder Vierte (26%) hielt die Maßnahmen für gerade richtig (zu viel: 10%, weiß nicht: 16%) (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen).





In der öffentlichen Diskussion tauchten seit Ende 2008 dann immer wieder neue Vorschläge zur Bekämpfung der Krise auf. Eine mögliche Ankurbelung des Konsums mithilfe von Gutscheinen hielt nur knapp jeder Fünfte (16-21%) für sinnvoll, während je nach Fragestellung 66-81% diese Idee ablehnten (Quellen: Forschungsgruppe Wahlen, Forsa, Emnid). Andere Vorschläge zur Konjunkturförderung wurden hingegen wesentlich besser aufgenommen: Zusätzliche staatliche Investitionen in Verkehrsprojekte, Schulen oder Krankenhäuser wurden fast von allen Wählern befürwortet (93%). Steuersenkungen für Privatpersonen fanden immerhin vier von fünf Befragten richtig. Mehrheitlich unterstützt wurden auch finanzielle Entlastungen für Unternehmen und Betriebe (62%) sowie Finanzhilfen für in Schwierigkeiten geratene Unternehmen (55%). Die knappe Mehrheit der Bevölkerung (54%) sprach sich allerdings seinerzeit gegen eine staatliche Unterstützung des Autoherstellers Opel aus (dafür: 40%) (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen).

Auch aus Ergebnissen qualitativer Untersuchungen der GMS (*Focus Groups*) vom November/Dezember 2008 geht hervor, dass Programme zur Konjunkturbelebung eher befürwortet wurden. Steuersenkungen stießen zwar ebenfalls auf Zustimmung, die daraus resultierenden Probleme (Neuverschuldung) wurden aber ungeachtet eventueller persönlicher Vorteile bereits zu diesem Zeitpunkt durchaus von den Wählern erkannt und angesprochen. Insgesamt differenzierten die Bürger bei möglichen Schritten zur Bekämpfung der Krise durchaus zwischen eher kurzfristigen (und womöglich kurzfristigen) Maßnahmen wie Konsumgutscheinen und eher nachhaltigen Maßnahmen wie Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Im Januar 2009 einigte sich die Große Koalition dann auf die Verabschiedung eines zweiten Konjunkturpakets. Etwa zwei Drittel der Deutschen (67%) standen zu diesem Zeitpunkt weiteren staatlichen Maßnahmen und Ausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft prinzipiell positiv gegenüber (dagegen: 27%) (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen). Die Wirksamkeit des geplanten Pakets wurde allerdings ambivalent beurteilt: Je nach Umfrage bezweifelte jeder zweite bis dritte Bundesbürger (51-69%), dass hierdurch ein wirtschaftlicher Abwärtstrend verhindert werden könnte. Immerhin 26-43% sahen in der Verabschiedung des Maßnahmenkatalogs eine Chance, den Abschwung zu bremsen (Quellen: Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap, TNS Forschung, Forsa). Der persönliche Nutzen des Pakets wurde allerdings ganz überwiegend kritisch betrachtet: 80-90% der Deutschen erwarteten eher nicht, persönlich von den geplanten Maßnahmen profitieren zu können (Quelle: Emnid, TNS Forschung, Forsa).

Bei den geplanten Einzelmaßnahmen stießen im Januar zusätzliche Steuergelder für Straßen und Schienen (46%

Zustimmung), Steuernachlässe für schadstoffarme Neuwagen (46%) und eine Senkung der Krankenkassenbeiträge (44%) auf ein geteiltes Echo. Mehr Gelder für Schulen und Hochschulen sowie allgemeine Steuersenkungen wurden hingegen von deutlich mehr Befragten als wirksam erachtet (je 61% Zustimmung). Die so genannte Abwrackprämie in Höhe von 2.500 Euro für Altfahrzeuge hielten im Januar sogar 59% der Bürger für falsch (Quelle: Forsa). Grundsätzlich wurde somit zu Beginn des Jahres ein hoher Handlungsbedarf hinsichtlich staatlicher Eingriffe gesehen. Die geplanten Einzelmaßnahmen des Pakets wurden aber von weiten Teilen der Bevölkerung vergleichsweise kritischer und ambivalenter betrachtet als noch im November. Ausschlaggebend hierfür dürfte die lebhafteste und zugleich kontroverse Diskussion über die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und der fehlende bzw. nicht erkennbare persönliche Nutzen für den Einzelnen gewesen sein.

Die schon im Januar vergleichsweise kritischere Haltung gegenüber dem Konjunkturpaket II verstärkt sich den Ergebnissen der neuesten Umfragen zufolge sogar noch. Dabei rücken offensichtlich auch die langfristigen Folgen der extrem hohen staatlichen Investitionen in das Bewusstsein der Bevölkerung: Als Hauptargumente gegen das Paket werden vor allem die hohe Neuverschuldung des Staates und eine fehlende Wirksamkeit gegen die steigenden Arbeitslosenzahlen ins Feld geführt. So glauben nur 18% der Bundesbürger, dass infolge der umfangreichen Investitionen die gestiegene Neuverschuldung in den nächsten Jahren wieder abgebaut werden kann (nein: 78%). Auch mögliche positive Effekte auf den Arbeitsmarkt werden kritisch betrachtet: Gut jeder Zweite ist der Meinung, die Arbeitslosigkeit werde wegen der Krise stark (12%) oder sehr stark (46%) ansteigen (wenig: 38%, gar nicht: 3%) (Quelle Forschungsgruppe Wahlen).

Das Konjunkturpaket II in seiner Gesamtheit hält derzeit nur noch jeder Dritte für ein wirksames Mittel gegen die wirtschaftlichen Probleme infolge der Finanzkrise (siehe Abbildung 3, Seite 8).

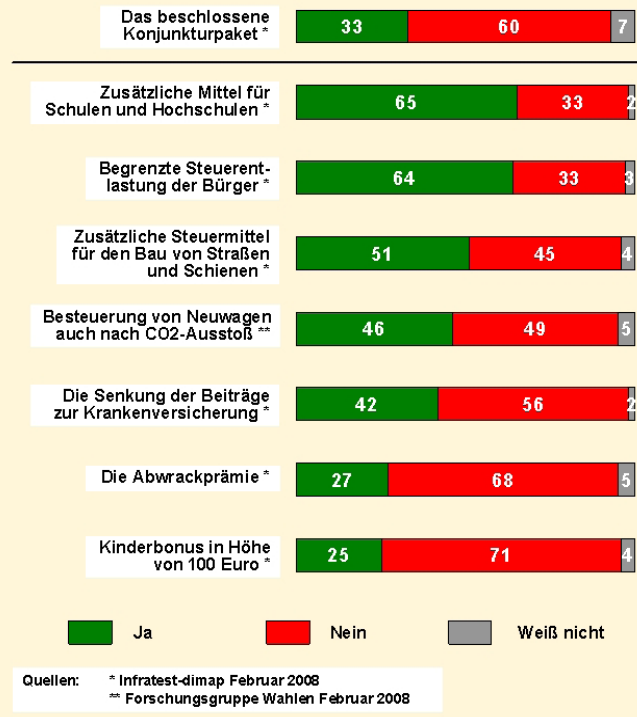
Innerhalb eines Monats hat sich der Anteil der Befürworter damit deutlich reduziert. Die einzelnen Maßnahmen werden hingegen überwiegend als wirksamer eingeschätzt als das Gesamtpaket, stoßen zugleich aber auf sehr unterschiedliche Resonanz. Mittel für (Hoch-) Schulen und eine begrenzte Steuerentlastung befürworteten etwa zwei von drei Befragten. Auf geteilte Zustimmung stießen Steuermittel für Straßen und Schienen, die steuerliche Förderung schadstoffarmer Neuwagen und die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge. Die Abwrackprämie und den so genannten Kinderbonus in Höhe von einmalig 100 Euro hingegen hält derzeit sogar nur etwa jeder Vierte für richtig.



Abbildung 3

GMS

**Wirksamkeit des Konjunkturpakets II gegen die Folgen der Krise (in %)**



eines schnellen und entschlossenen Handelns der Regierung ist leicht rückläufig: Im Dezember hatten noch etwa zwei von drei Befragten (64%) diesen Eindruck bestätigt, im Februar sind es nur noch 58%.

Offenkundig ist im Verlauf der letzten Monate angesichts ständiger neuer Katastrophenmeldungen die Verunsicherung der Bevölkerung über die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen erheblich gewachsen. Die schnellen Reaktionen der Bundesregierung auf das Ausbrechen der Finanzkrise fanden eine eindeutig positive Resonanz, waren aber eventuell auch bei vielen Wählern mit der trügerischen Hoffnung verbunden, dass durch die seinerzeit eingeleiteten Schritte die Krise rasch überwunden werden könnte. Nunmehr gibt es aber offenbar eine Phase der Ernüchterung. Die Wähler erkennen, dass die Folgen der Krise weitaus größer sind als ursprünglich angenommen. Die Befürchtung, dass die Politiker die Folgen ihres derzeitigen Handelns nicht mehr überblicken und realistisch abschätzen können, ist groß. Dies fördert die Angst, dass sich der Staat mit immer neuen Hilfspaketen völlig übernimmt und lässt die Wähler in der derzeitigen Situation offenbar verstärkt an der Wirksamkeit der Maßnahmen, der Kompetenz der darüber entscheidenden Politiker und der Qualität des politischen Krisenmanagements zweifeln. Der bei Fortsetzung dieses Trends mögliche weitere Legitimitätsverlust für Politiker und Parteien ist natürlich gerade im „Superwahljahr 2009“ besonders kritisch zu sehen.

**3.3 Bewertung des Krisenmanagements der Politik**

Die aktuell wachsende Kritik gegenüber den Maßnahmen der Bundesregierung hängt aber nicht nur von der Beurteilung der inhaltlichen Aspekte der Konjunkturprogramme ab. Auch das Vertrauen in das Krisenmanagement der Bundesregierung hat mit zunehmender Dauer der Finanzkrise deutlich abgenommen.

Noch im November fiel das Meinungsbild in der Bevölkerung im Hinblick auf das Krisenmanagement der Regierung sehr positiv aus. Sowohl Kanzlerin Merkel als auch Finanzminister Steinbrück wurde bei der Bewältigung der Krise überwiegend eine sehr gute Arbeit zugesprochen. Bereits im Januar gaben allerdings 58% der Deutschen an, dass die Reaktionen der Regierung auf die Krise ihr Vertrauen in die Politik eher geschwächt hat (gestärkt: 34%). Im Oktober 2008 hatte hierbei noch ein ausgeglichenes Verhältnis von 47 zu 47% bestanden (Quelle: TNS Forschung).

Einer aktuellen Umfrage zufolge stimmt nunmehr gut jeder Zweite (52%) der Aussage zu, die Bundesregierung habe angesichts des Ausmaßes der Krise den Überblick verloren (nein: 45%). Etwa zwei von drei Befragten (64%) finden zudem, die Regierung habe im Umgang mit der Krise keine klare Linie (hat eine klare Linie: 32%). Auch der Eindruck

**3.4 Auswirkungen auf politische Einstellungen und Wahlverhalten**

Deshalb ist ganz besonders im „Superwahljahr 2009“ die Frage von Interesse, ob die Wahrnehmung der Finanzkrise bereits sichtbare Auswirkungen auf das Wahlverhalten in der Bevölkerung genommen hat oder möglicherweise noch nehmen wird.

Die Betrachtung der Wahlabsichten und der Projektionen für die Bundestagswahlabsicht im Zeitraum Februar 2008 bis Februar 2009 belegt eindeutig, dass es im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 zumindest in der Blockbetrachtung bisher noch nicht zu einer grundlegenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse gekommen ist (siehe Abbildung 4, Seite 9). Die CDU liegt in den Umfragen mit 37% derzeit relativ konstant bei ihrem Durchschnittswert von 2008 und somit nur geringfügig über ihrem 2005 erzielten Ergebnis. Die FDP, die schon seit 2005 mit der Großen Koalition unzufriedene Unionswähler für sich gewinnen konnte, hat in den letzten Monaten während der Finanz- und Wirtschaftskrise hingegen kräftig zugelegt. Sie lag bei den GMS-Projektionen im Jahr 2008 zunächst bei etwa 9% bis 12%, konnte sich seit September aber beständig von 11% auf derzeit 14% steigern, in den Umfragen anderer Institute sogar auf bis zu 18%.

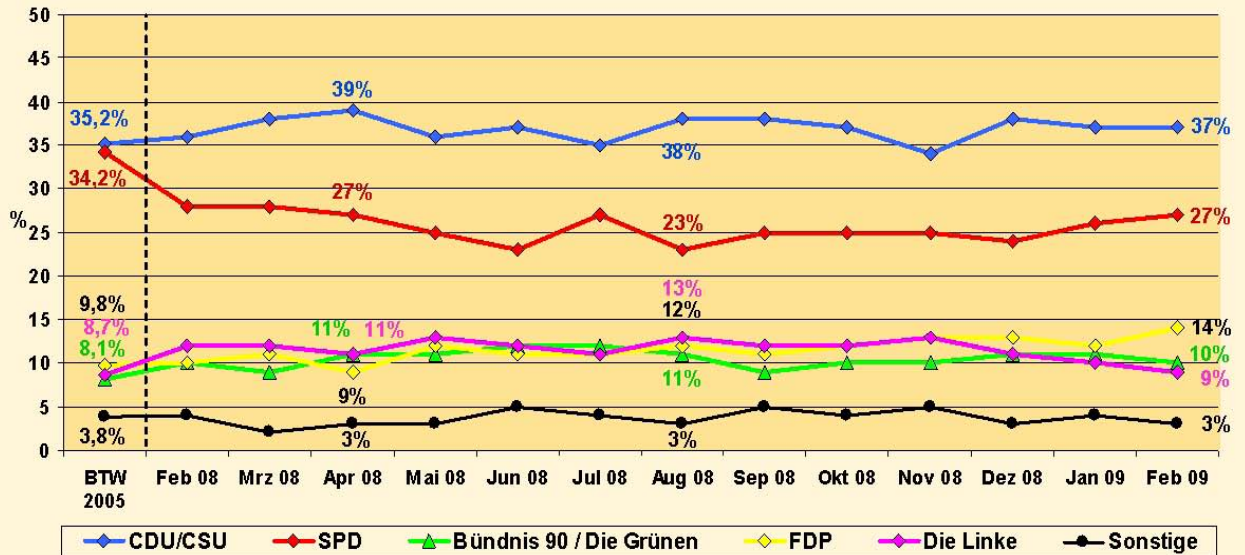




Abbildung 4

GMS

### Bundesweite Projektionen der GMS für die Bundestagswahlabsicht



Zusammen mit der Union ergibt sich deshalb in den letzten Wochen immer häufiger in Umfragen verschiedener Institute eine bürgerliche, d.h. schwarz-gelbe Mehrheit. Dies könnte als erstes vorsichtiges Indiz dafür gewertet werden, dass unter den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eine Koalition aus Union und FDP wegen ihrer größeren Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen doch die am ehesten favorisierte Regierungskonstellation werden könnte.

Die SPD lag 2008 durchweg deutlich unter der 30%-Marke, hat sich in den letzten Monaten aber leicht erholt, ohne die 30% erreichen oder gar überwinden zu können. Auch die Grünen kamen zuletzt auf relativ konstante Werte um 10%. Sichtbare Veränderungen sind in den letzten Wochen und Monaten analog zur FDP im bürgerlichen Lager im linken Lager vor allem bei der Linkspartei zu beobachten.

Bei den Projektionen der GMS konnte *Die Linke* in den Jahren 2005/06 durchweg mit ungefähr 9% ihr Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005 bestätigen. 2007 steigerte sie sich spürbar auf etwa 10 bis 11%, 2008 dann schließlich sogar auf 11 bis 13%. Über einen längeren Zeitraum war sie sogar drittstärkste Partei vor FDP und Grünen. Dieser Trend hat sich seit November 2008 mit den immer deutlicher sichtbaren Folgen der Finanzkrise für die Realwirtschaft umgekehrt: Die Linkspartei ist bei den Projektionen der GMS, aber auch bei anderen Instituten nach und nach von 13% auf zuletzt 9% zurückgefallen, eine auf den ersten Blick nicht ganz verständliche und auch nicht erwartete Entwicklung.

Im ersten Bericht vom November letzten Jahres wurde darauf hingewiesen, dass die Finanzkrise bei vielen Bürgern unverkennbar die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft negativ beeinträchtigt hatte. Darüber hinaus war auch der Ruf nach mehr staatlicher Kontrolle und Regulierung einschließlich sozialistischer Politikansätze mit Verstaatlichung großer Schlüsselindustrien lauter geworden. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Meinungsklimas zur Sozialen Marktwirtschaft und zu verstärkter staatlicher Kontrolle stellt sich die Frage, warum die Linkspartei trotz ihren in der Bevölkerung unverändert populären politischen Forderungen in den Umfragen derzeit nicht punkten kann und eher Rückhalt verliert.

Hierzu gibt es mehrere Erklärungen. Zunächst ist es um die vom Wähler wahrgenommene *Lösungskompetenz* der Linkspartei in Wirtschafts- und Finanzfragen nicht sehr weit bestellt: Gefragt, welcher Partei man die Lösung von Problemen bei verschiedenen Themenbereichen am ehesten zutraut, schneidet die Linke bei wirtschaftlichen Themen sehr schlecht ab. Im Dezember 2008 traute z.B. fast niemand der Linkspartei zu, die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen, die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen oder sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen (siehe Abbildung 5, Seite 10).

Der Linkspartei werden Kompetenz und Stärken in nennenswertem Umfang lediglich dann zugebilligt, wenn es um die „Sorge um die kleinen Leute“ und „Sorge für soziale Gerechtigkeit“ geht. Selbst bei der Aufgabe der Schaffung eines gerechten Steuer- und Abgabensystems ist die Kompetenz-



Abbildung 5

GMS

**Lösungskompetenzen der Parteien bei verschiedenen politischen Aufgaben  
(Dezember 2008, Vergleichswerte vom Oktober 2008)**

	CDU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne	Keine Partei / weiß nicht
<b>Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen</b>	53 (+9)	15 (-2)	8 (-3)	1 (-1)	2 (+1)	20 (-4)
<b>Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen bewältigen</b>	44	17	8	1	1	29
<b>Eine gute Bildungspolitik betreiben</b>	35 (+5)	24 (-2)	8 (±0)	5 (±0)	8 (+2)	19 (-4)
<b>Für soziale Gerechtigkeit sorgen</b>	20 (+2)	37 (+2)	7 (+2)	11 (+1)	8 (+1)	17 (-6)
<b>Sich um die Sorgen der kleinen Leute kümmern</b>	14 (+1)	32 (±0)	7 (+2)	17 (+4)	9 (+3)	21 (-6)
<b>Sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen</b>	26 (+9)	15 (-2)	10 (+1)	4 (+1)	5 (±0)	39 (-8)
<b>Für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem sorgen</b>	24 (+3)	25 (+1)	14 (+1)	6 (+1)	5 (+2)	26 (-6)
<b>Die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen</b>	43 (+10)	18 (-2)	3 (-1)	3 (+1)	3 (±0)	29 (-6)

Quelle: Infratest dimap Dezember 2008, An 100% fehlende Werte: Andere Partei / keine Angabe

quote für die Linkspartei bescheiden und bleibt noch deutlich unter dem von ihr derzeit realisierbaren Stimmanteil.

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für die derzeit rückläufigen Stimmanteile der Linkspartei wird in qualitativen Studien der GMS erkennbar. Angesichts der sich verschärfenden Krise werden viele Forderungen der Linkspartei aus Wählersicht immer populistischer, unrealistischer und somit obsolet, was vielfach zu einer gewissen Entfremdung zwischen der Partei und ihren Wählern führt. Noch wichtiger dürfte aber auch die Tatsache zu bewerten sein, dass derzeit mit Ausnahme der FDP alle politischen Parteien die verstärkten Forderungen nach staatlichem Eingreifen und Kontrolle der Wirtschaft relativ schnell bedienen und somit der Linkspartei das Monopol auf diese Thematik genommen haben.

Der sinkende Zuspruch zur Linkspartei ist vor dem Hintergrund der aufgezeigten Entwicklungen somit insgesamt durchaus plausibel. Zu beantworten bleibt jedoch noch die Frage nach den Ursachen des derzeitigen bundespolitischen Aufwinds der FDP, die bei den Projektionen der GMS mit derzeit 14% ungewöhnlich gut abschneidet und von anderen Meinungsforschungsinstituten sogar mit 16 bis 18% eingestuft wird.

Auch für das häufige FDP-Wahlverhalten sind die Lösungskompetenzen bei derzeit besonders wichtigen Sachthemen von entscheidender Bedeutung: Die FDP erhält bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Folgen neben der CDU (44%) und der SPD (17%) als einzige der

drei kleinen Parteien einen nennenswerten Anteil an Zustimmung (8%) (siehe Abbildung 5). Auch bei den anderen Themenbereichen wie z.B. bei der Sorge für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem, erreicht die FDP relativ gute Werte.

Zudem sind insgesamt 39% der Bevölkerung der Meinung, die FDP besitze ein klares politisches Konzept bzw. klare Vorstellungen für die Zukunft. Damit erzielt sie vor allen anderen Parteien und dicht hinter der CDU (40%) den zweitbesten Wert. Von der Linkspartei denken dies hingegen nur 18% (siehe Abbildung 6, Seite 11). Offensichtlich zahlen sich somit nicht nur Kompetenzvermutungen bei wichtigen Sachthemen, sondern auch die Wahrnehmung eines klaren Profils bzw. Konzepts zugunsten einer Partei aus, auch wenn man nicht immer mit dieser Linie übereinstimmt.

Als weitere Gründe für den derzeitigen Aufwind der FDP auf Bundesebene müssen zusätzlich aber auch die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern (September 2008) und Hessen (Januar 2009) berücksichtigt werden. Hier konnte die FDP in Bayern mit 8,0% ihr bestes Ergebnis überhaupt und in Hessen mit 16,2% ihre bestes Resultat seit 50 Jahren verbuchen. Obwohl in beiden Fällen die Gründe für die FDP-Erfolge primär mit der augenblicklichen Schwäche der politischen Konkurrenz zu tun hatten, ergab sich aus diesen Ergebnissen der FDP eine erhebliche Signalwirkung, die sich auch positiv auf das Image der Bundespartei ausgewirkt haben dürfte.

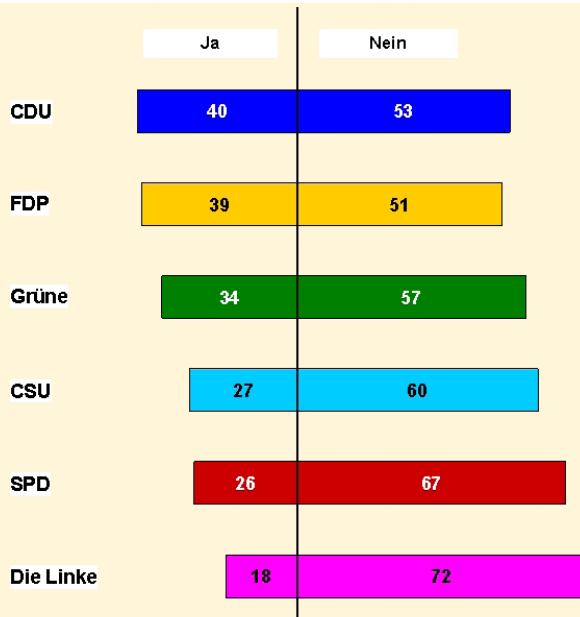


Abbildung 6

GMS

**Politische Zukunftskonzepte der Parteien\***

„Welche Partei hat Ihrer Ansicht nach – ganz unabhängig davon, ob Sie dieser Partei nahe stehen oder nicht – ein klares politisches Konzept, also klare Vorstellungen, für die Zukunft?“



\* Quelle: Infratest dimap Februar 2009  
An 100% fehlende Werte: Weiß nicht / keine Angabe

**4. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Welche Schlussfolgerungen und Lehren können aus den neueren verfügbaren demoskopischen Befunden zur Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen werden? Und was hat sich im Vergleich zur Situation im November 2008, dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des ersten Papiers, geändert?

Insgesamt hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise seit November objektiv deutlich verschärft. Die Folgen für die Realwirtschaft sind inzwischen voll und ganz sichtbar. Dennoch hat sich das ökonomische Meinungsklima entgegen den Erwartungen vom November zumindest nicht dramatisch verschlechtert, obwohl es nunmehr erste Ankündigungen gibt, die diese Situation für den Sommer dieses Jahres wahrscheinlich erscheinen lassen. Insgesamt hat sich jedoch auch in neueren Umfragen das widersprüchliche Meinungsbild in der Bevölkerung verfestigt, bei dem eine konstante und eher sogar positive Bewertung der persönlichen Situation mit einer eindeutig negativen Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und vor allem pessimistischen Erwartungen für die Zukunft einhergehen.

Die Relevanz aller mit der Krise zusammenhängenden politischen Themen hat seit November nur zeitweise und zudem auch nur geringfügig vor dem Weihnachtsfest und während

des Jahreswechsels abgenommen. Insgesamt gibt es zu Beginn des Jahres 2009 eine wieder steigende Themenrelevanz und auch zunehmend größere Sorgen in Verbindung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, auf die die Bevölkerung jedoch weiterhin nicht mit Panik, sondern relativ besonnen reagiert. Dabei werden weiterhin sehr häufig deutliche Unterschiede zwischen generell und persönlich befürchteten Folgen gemacht.

Trotz der Forderung nach entschlossenem Handeln und der Befürwortung von Maßnahmen gegen die Krise ist die Verunsicherung der Wähler über Art und Umfang der Maßnahmen seit November letzten Jahres deutlich größer geworden. Auch zu Beginn des Jahres wurde zwar ein hoher Handlungsbedarf hinsichtlich staatlicher Eingriffe gesehen. Die geplanten Einzelmaßnahmen des Pakets wurden aber von weiten Teilen der Bevölkerung zunehmend kritischer und ambivalenter betrachtet. Dabei rücken neuerdings auch die langfristigen Folgen der extrem hohen staatlichen Investitionen in das Bewusstsein der Bevölkerung. Als Hauptargumente gegen das Konjunkturpaket II werden vor allem die hohe Neuverschuldung des Staates und eine fehlende Wirksamkeit gegen die steigenden Arbeitslosenzahlen ins Feld geführt.

Auch bei der Sicht der Kompetenz und der Beurteilung des Krisenmanagements der Politik ergeben sich seit November eher Veränderungen zum Negativen. Die schnellen Reaktionen der Bundesregierung auf das Ausbrechen der Finanzkrise fanden im letzten Jahr eine positive Resonanz, waren aber eventuell auch bei vielen Wählern mit der trügerischen Hoffnung verbunden, dass durch die seinerzeit eingeleiteten Schritte die Krise rasch überwunden werden könnte. Neuerdings gibt es aber offenbar eine Phase der Ernüchterung und des Fatalismus. Die Wähler erkennen, dass die Folgen der Krise weitaus größer sind als ursprünglich angenommen. Die Befürchtung, dass die Politiker die Folgen ihres derzeitigen Handelns nicht mehr überblicken und realistisch abschätzen können, ist groß. Dies fördert die Angst, dass sich der Staat mit immer neuen Hilfspaketen völlig übernimmt und lässt die Wähler in der derzeitigen Situation offenbar an der Wirksamkeit der Maßnahmen, der Kompetenz der darüber entscheidenden Politiker und der Qualität des politischen Krisenmanagements zweifeln. Der bei Fortsetzung dieses Trends mögliche weitere Ansehensverlust für Politiker und Parteien ist natürlich gerade im Superwahljahr 2009 besonders kritisch zu sehen.

Die noch im November geäußerten Befürchtungen, dass eine Verschärfung der Krise Wasser auf die Mühlen der Linkspartei sein könnten, haben sich nicht bestätigt. Die bei der Linkspartei vermisste Kompetenz bei der Lösung von Wirtschafts- und Finanzproblemen und die angesichts der sich verschärfenden Krise immer unrealistischer werden Forderungen haben die Linke zumindest in Umfragen offen-



kundig fast ein Drittel ihrer Wähler gekostet. Hinzu kommt, dass die Linkspartei ein Themenmonopol verloren hat, weil derzeit populäre Forderungen nach mehr staatlichen Eingriffen und Kontrollen in das Wirtschaftsgeschehen auch von den etablierten Parteien bedient werden.

Eindeutiger Nutznießer der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ist somit keine Partei aus dem linken, sondern mit der FDP vielmehr eine Partei aus dem bürgerlichen Lager. Für die FDP zahlen sich offensichtlich nicht nur Kompetenzvermutungen bei wichtigen Sachthemen, sondern auch die Wahrnehmung eines klaren Profils bzw. Konzepts zugunsten einer Partei aus, auch wenn man nicht immer mit dieser Linie übereinstimmt.

Da die Verluste der Linkspartei wegen Abwanderung in das Lager der Nichtwähler und Unentschlossenen zurzeit nicht durch SPD und Grüne aufgefangen werden können, ergibt sich in letzter Zeit durch das gleichzeitige Erstarken der FDP auf Bundesebene immer häufiger in Umfragen verschiedener Institute eine bürgerliche, d.h. schwarz-gelbe Mehrheit. Ein klarer Trend ist daraus noch nicht abzulesen. Dies könnte jedoch als erstes vorsichtiges Indiz dafür gewertet werden, dass unter den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eine Koalition aus Union und FDP wegen ihrer größeren Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen bei der Bundestagswahl am 27. September analog zu verschiedenen Bundesländern die am ehesten favorisierte Regierungskonstellation werden könnte.

DER AUTOR

*Dr. Helmut Jung*

*Der Geschäftsführer der GMS Dr. Jung GmbH blickt auf mehr als 35 Jahre Erfahrung, zunächst als Leiter der Abteilung Wahlforschung des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, später als Geschäftsführer mehrerer namhafter Marktforschungsinstitute (GfK, WPP, Sample/Inra, GMS), zurück.*